

WEM WAHRHEIT SCHADET

Wie von der EU auf dubiose Weise finanzierte NGOs klammheimlich die Zerstörung der Demokratie betreiben.

[Matthias Müller]

Wieder einmal eine Schwere Kost darüber, wie hinter den Kulissen der sichtbaren Politik die tatsächlichen Strippen von ganz anderen Organisationen gezogen werden. Es geht – wieder einmal – um die gänzlich antidemokratischen Umtriebe der so genannten „NGOs“, den „Non-Government-Organisationen“. NGOs haben sich in den letzten Jahrzehnten zur treibenden Kraft aller wichtigen politischen Entscheidungen und zum sperrangelweit offen stehenden Einfallstor für die totalitären Machtphantasien bestimmter „Kreise“ entwickelt. Lobbyismus gab es in Demokratien schon seit Anbeginn, doch seit einigen Jahren agieren nationale und internationale Lobbyorganisationen mit rasant zunehmender Rücksichtslosigkeit und unter offener Verachtung aller demokratischen, rechtsstaatlichen oder ethischen Grundprinzipien. Wir präsentieren hier ein aktuelles und besonders verstörendes Beispiel dieser Situation, in dem eine Organisation auf ganz besonders aggressive Art gegen die Grundrechte sowie gegen die Demokratie als Ganzes vorgeht – und dabei auf die volle Rückendeckung, Finanzierung und Unterstützung unserer „Regierungsvertreter“ zählen kann. Ein Skandal, der jedoch – mangels Berichterstattung durch die gekauften Systemmedien – vollständig aus dem Sichtfeld der Öffentlich-

keit heraus gehalten wird.

Konkret geht es um die Veröffentlichung „HEAT: Harmful Environmental Agendas & Tactics“ (zu deutsch: „Schädliche umweltpolitische Agenden und Taktiken“) der Nichtregierungsorganisation „EU DisinfoLab“ vom 23. Juni dieses Jahres. Die nach eigenen Angaben „unabhängige Non-Profit-Organisation“ untermauert mit dieser Veröffentlichung die Klimapolitik der EU – und wird gleichzeitig von der EU finanziert. Selbstbewusst behauptet sie, dass sie „Wissen und Expertise über Desinformation in Europa“ sammelt. Dabei versteht sie sich als „aktives Mitglied einer leidenschaftlichen und großen Gemeinschaft, die dabei hilft, Desinformationen aufzudecken, zu bekämpfen und zu verhindern, welche die Integrität der Bürger, das friedliche Zusammenleben und die demokratischen Werte gefährden.“

Hinter diesen hehren Zielen verbirgt sich jedoch einmal mehr die Taktik der EU-Kommission, die Zensur von kritischen Stimmen an eine angeblich „unabhängige“ Organisation zu delegieren, die ihr diese schmutzige (weil verfassungswidrige) Arbeit gegen fürstliche Bezahlung abnimmt. Dabei ist EU DisinfoLab schon lange im Geschäft. EU DisinfoLab wurde als „lebendiges Zuhause für Desinformationsaktivisten und

Experten“ 2017 in Brüssel gegründet und organisierte dort gleich ein Jahr später gemeinsam mit dem Atlantic Council eine Konferenz zum Thema Desinformation. Der Atlantic Council wiederum ist ein Dinosaurier unter den Lobbyorganisationen: Er wurde 1961 in Washington ins Leben gerufen und gab ebenfalls im Jahr 2018 eine Broschüre mit dem Titel „Wessen Wahrheit? Souveränität, Desinformation und der Sieg im Kampf um Vertrauen“ heraus. Darin forderte er bereits, dass Regierungen Konsequenzen gegenüber „Desinformationen in sozialen Netzwerken“ ergreifen müssten, um „deren negative Auswirkungen zu begrenzen“. Außerdem schlug er vor, dass Online-Medien ihre Kommentarspalten deaktivieren sollten, um die Verbreitung von „schädlichen Informationen“ in den Anmerkungen der Leser zu verhindern.

In seinem Jahresbericht 2022/2023 stellte der Atlantic Council dann fest, dass 2022 das erfolgreichste Jahr in der Geschichte des Atlantic Council gewesen sei, da seine Arbeit dazu beigetragen habe, „politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit Lösungen für die schwierigsten Herausforderungen der Welt zu bieten“ Im dem Bericht sind außerdem die größten Geldgeber des Councils aufgeführt, unter denen sich die

Rockefeller Foundation, Goldman Sachs, Google, die Open Society Foundations, Meta, aber auch die European Climate Foundation und die Delegation of the European Union to the United States befinden. BioNTech, Merck, die Thales Group, die Zurich Insurance Group Ltd sowie das deutsche Auswärtige Amt sind ebenfalls als Unterstützer aufgelistet.

Thema dieser Schwere Kost ist der oben genannte HEAT-Bericht und seine Hintergründe. Die von der EU-Kommission in äußerst fragwürdiger und intransparenter Art und Weise alimentierte EU DisinfoLab drängt mit diesem Pamphlet die EU-Institutionen, „schädliche“ Meinungen zur Klimapolitik in den Zensurkatalog des Digitale-Dienste-Gesetzes aufzunehmen. Die EU-Kommission hat das totalitäre Machwerk verdeckt finanziert und engen Kontakt mit den Erstellern gehalten. Das Vorgehen ist Teil der „Strategischen Agenda 2024 – 2029“. Mit dieser fragwürdigen Agenda, die am 27. Juni des vergangenen Jahres vom EU-Rat verabschiedet wurde, erklären die Staats- und Regierungschefs der EU allen Kritikern ihrer Politik den Kampf. Im Detail entwirft und beschreibt die Agenda den informations- und medienpolitischen Marschbefehl der EU und ihrer Mitgliedsstaaten für die nächsten fünf Jahre. Der Kern der

Strategie ist es, alle Informationen und Nachrichten, einschließlich subjektiver Meinungen und Einschätzungen, aber insbesondere auch Tatsachenberichte und nachgewiesene Fakten sofort als „Desinformation“ zu kennzeichnen, sobald sie den eigenen Narrativen widersprechen und/oder die Regierungsarbeit der EU und/oder ihrer (konformen) Mitgliedsstaaten kritisieren. In Europa wird eine ganze Armee von so genannten „Faktencheckern“ direkt und indirekt von der EU, den angeschlossenen Regierungen (insbesondere von Berlin), aber auch und in besonders antimokratischer Form von „philanthropischen Stiftungen“ bezahlt und unterstützt. Die Aufgabe der „Faktenchecker“ ist mitnichten, tatsächlich „Fakten“ zu „checken“, sondern vielmehr alle Informationen, die den Regierungserzählungen gefährlich werden könnten, als „Desinformation“ zu deklarieren und zur Zensur zu markieren. Die grundsätzlich verfassungswidrige Zensur missliebiger Inhalte wird durch den Digital Service Act der EU geschickt umgangen: er verlangt von den Plattformbetreibern der sozialen Medien wie Google, Meta (Facebook, Insta, Whatsapp) oder X, nicht näher definierte „schädliche“ Inhalte zu löschen, auch wenn sie gegen kein Gesetz verstoßen. Formaljuristisch hat damit nicht die EU oder die deutsche Regierung zensuriert, was sie laut Verfassung nicht dürfte, sondern der Plattformbetreiber, der dazu aufgrund seiner „Community-Richtlinien“ berechtigt ist. Durch die Privatisierung der Zensur wird sie formal legalisiert. Besonders spannend ist in diesem Zusammenhang die Definition „schädlich“: als „schädlich“ gelten alle Informationen, die von den von der EU gewünschten Erzählungen abweichen – auch wenn sie wahr sind und gegen keinerlei Gesetze verstoßen. Im

Kern geht es somit um die Unterbindung von Regierungskritik.

Zurück zu „EU DisinfoLab“. EU DisinfoLab ist eine vorgeblich „unabhängige“ NGO, die mit nicht offengelegten, technisch aufwändigen Mitteln das Internet nach „Desinformation“ durchforscht, um die EU und ihre Organisationen vor Kritik abzuschirmen. Die Organisation, die auf intransparente Weise maßgeblich von der EU-Kommission finanziert wird, betreibt intensiv Lobbying bei den EU-Institutionen für strikteste Kontrollen der durch digitale Medienplattformen verbreiteten Inhalte und wirbt für die harte Durchsetzung entsprechender Regeln.

Erst vor kurzem war aufgefliegen, dass die EU-Kommission ohne Wissen des EU-Parlaments in großem Maßstab dubiose NGOs finanziert, damit diese im Sinne der Kommission in Brüssel und den nationalen Hauptstädten Lobbying betreiben. Die jüngste Studie des kommissionsfinanzierten EU DisinfoLab ist ein eklatantes Beispiel für dieses demokratiefeindliche Vorgehen, auch weil die Finanzierungsbeziehungen sehr kunstvoll verschleiert sind. Wie sehr sich EU DisinfoLab als Sturmgeschütz der EU-Politik versteht, wird besonders deutlich durch die folgenden Sätze in einem aktuellen Bericht zu angeblicher Klima-Desinformation:

„Die Ergebnisse, die wir hier präsentieren, zielen darauf ab, die EU beim Aufbau koordinierter, sektorübergreifender Antworten zu unterstützen, um den umweltpolitischen Fortschritt und die Informationsintegrität zu schützen. (...) Sie liefern die Grundlage für die Definition der Desinformation (...) als systemisches Risiko, die Überprüfung der algorithmischen Verstärkung und die Befähigung von Akteuren des öffentlichen Interesses, Plattformen zur Ver-

antwortung zu ziehen. (...) Der Arbeitsablauf identifizierte erfolgreich sowohl auffällige Meldungen als auch aufkommende Bedrohungen mit geringer Sichtbarkeit und legte damit den Grundstein für verbesserte Frühwarn- und Reaktionssysteme in der EU.“

Die verdeckte Finanzierung des Berichts durch die EU macht den Bericht zum Skandal, denn sein Verständnis von Desinformation und seine Empfehlungen, was bekämpft und zensiert werden soll, sind ohne Weiteres totalitär zu nennen.

Auch Meinungsäußerungen, die keine falschen Aussagen enthalten, werden als Desinformation deklariert und sollen zensiert werden, wenn sie die Klimapolitik der EU-Kommission und der nationalen Regierungen kritisieren oder diese argumentativ unterminieren. Die Studie zählt zu den wichtigsten „schädlichen Agenden und Taktiken“ auch „Narrative, die Klimamaßnahmen als autoritär oder elitär darstellen“. Denn diese fänden sowohl in polarisierten als auch in etablierten Kreisen großen Anklang. Hier geht es eindeutig um eine legitime demokratische Einordnung von Klimamaßnahmen, für die der Ausdruck Desinformation unangemessen ist. Es geht ausdrücklich nicht um die Klimafrage als solches, sondern darum, ob die von der EU betriebene Politik als angemessen, zielführend und alternativlos zu beurteilen ist. Derartige Diskussionen können grundsätzlich weder als korrekt noch als falsch beurteilt werden, denn exakt dies ist der Kern des demokratischen Prozesses: man diskutiert über das Für und Wider von Maßnahmen, Zielen und Methoden. Doch genau dies möchte die EU-Kommission nicht. Sie möchte ihre Politik als uneingeschränkt richtig, alternativlos und unhinterfragbar verstanden wissen und aus

diesem Grunde jegliche Kritik daran im Ansatz unterbinden. Und genau das tut EU DisinfoLab. Und zwar ist Kritik um so „schädlicher“, und damit um so mehr als „Desinformation“ zu kennzeichnen, je größer der Anteil der Bevölkerung ist, der dieser Kritik zustimmt.

EU DisinfoLab lässt keinen Widerspruch zu der Definition zu, dass ausnahmslos alle (!!) beschlossenen und noch anstehenden Maßnahmen notwendig, geeignet, richtig und wirksam sind, um den Klimawandel aufzuhalten und postuliert damit die absolute Unfehlbarkeit der EU Administration für jetzt und immerdar. Auf Basis dieser extremistischen Ideologie betrachtet EU DisinfoLab alles als „menschheitsschädlich“ und „gefährlich“, was den Rückhalt der Maßnahmen in der Bevölkerung schwächt oder ihre Durchsetzung erschwert. Wörtlich heißt es:

„Das HEAT-Projekt zeigt, dass Klimadesinformation die demokratische Widerstandsfähigkeit und eine faktenbasierte Politikgestaltung untergräbt, indem sie Misstrauen, Polarisierung und Widerstand gegen Klimaschutzmaßnahmen schürt. Dieser Bericht fordert die EU-Institutionen auf, dies im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste (Digital Services Act, kurz: DSA) anzuerkennen.“

Das Hauptfenster der Datenerhebung für HEAT erstreckte sich vom 1. Oktober 2024 bis zum 30. April 2025. In diesem Zeitraum habe sich die klimabezogene Desinformation in Deutschland auf drei dominante und sich überschneidende Narrativcluster konzentriert: „Untergrabung der Klimawissenschaft und des Klimakonsenses“, „Angriffe auf grüne Politik und die Energiewende“ sowie „Populistische, elitenfeindliche und konspirative Botschaften“.

Außerdem wird im Bericht für Deutschland festgehalten:

„Deutschland, ein führendes Land in der EU-Klimapolitik, sieht sich einer narrativen Kriegsführung sowohl in Bezug auf die Energiesicherheit als auch auf die Überregulierung ausgesetzt.“

Besonders spießt der Bericht Narrative auf, die „den wissenschaftlichen Konsens über den anthropogenen Klimawandel“ untergraben würden. Institutionen wie der (demokratisch nicht legitimierte) „Weltklimarat“ (IPCC) würden in diesen schädlichen Narrativen als politisch korrumpiert dargestellt, was das Misstrauen der Öffentlichkeit gegenüber der angeblichen Klimawissenschaft verstärkte. „Pseudoakademische Organisationen“ würden „alternative Wissenschaft“ verbreiten sowie Klimamodelle und IPCC-Daten in Frage stellen. Böartige Influencer würden Beiträge verbreiten, in denen sie den Klimawandel als einen Schwindel darstellten, der zur sozialen Kontrolle inszeniert werde. X-Nutzer würden sich sogar auf technisch wahre Behauptungen wie zum Beispiel historische Klimadaten oder die nachweislichen Datenfälschungen beim IPCC („Climategate“) berufen, um das Vertrauen in die offiziellen Erzählungen zu untergraben. Wäre das EU DisinfoLab nicht so einflussreich, wären diese Anschuldigungen tatsächlich fast schon Stand-up-Comedy, denn EU DisinfoLab nimmt für sich „Wissenschaftlichkeit“ in Anspruch, geht jedoch jeder wissenschaftlichen Diskussion aus dem Weg, indem es alle unerwünschten wissenschaftlichen Tatsachen kurzerhand als „Desinformation“ diffamiert.

Weil derartige „Klimadesinformation“ nun angeblich „die demokratische Widerstandsfähigkeit“ und eine effektive Politikgestaltung untergräbt, indem sie Misstrauen,

Polarisierung und Widerstand gegen Klimaschutzmaßnahmen schürt“, muss sie nach dem Willen von EU DisinfoLab bekämpft und zensiert werden.

TOTALITÄRE EMPFEHLUNGEN

Um unter diese Risiken zu fallen und nach dem Willen von EU DisinfoLab der Zensur und Löschung zugeführt zu werden, genügt es, dem Bericht zufolge, Deutschlands Energiewende, das deutsche Heizungsgesetz oder die CO₂-Abgabe als Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität, die nationale Industrie, die Energiesicherheit und Netzstabilität oder den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung zu bezeichnen. Das Wort „Dunkelflaute“ sollte man tunlichst nicht verwenden, weil der Hinweis auf dieses Problem das Vertrauen in die Maßnahmen untergräbt. Dass CO₂-Steuern sozial ungerecht seien, gehört ebenfalls unter die schädlichen, zu zensierenden Meinungen. Ein Ansatz, der jegliche Kritik an Maßnahmen der EU-Kommission und der nationalen Regierungen als Desinformation behandelt und zur Zensur freigeben will, ist ohne jeden Zweifel totalitär und hat mit Demokratie nichts, aber auch gar nichts zu tun. Gerade die, die sich heuchlerisch als Beschützer der Demokratie inszenieren, sind in Wahrheit ihre Totengräber.

Dazu passt, dass der Bericht einen Mangel an Sicherungen gegen legale und wahre, jedoch „schädliche“ Informationen beklagt. Die kritische Lücke bestehe darin, dass man nach dem Digitale-Dienste-Gesetz nichts gegen Akteure tun könne, die im legalen Rahmen bleiben, aber – nach Meinung von EU DisinfoLab – „konsistent irreführende oder manipulative Klimanarrative verbreiten“. Dazu gehören zum Beispiel „Influencer, die Desinformation als Meinung oder Kritik ausgeben“

und so das öffentliche Vertrauen unterminieren. Daraus leitet die Organisation die Forderung ab:

„Dieser Bericht fordert die EU-Institutionen auf, dies im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste (DSA) anzuerkennen, entweder ausdrücklich als systemisches Risiko oder als Teil bestehender Risiken für die Demokratie, die öffentliche Gesundheit und den zivilen Diskurs. Sehr große Online-Plattformen müssen in Bezug auf dieses systemische Risiko nach denselben Maßstäben zur Rechenschaft gezogen werden, wie sie für andere systemische Risiken gelten.“

Passenderweise gibt es auch im Digitale-Dienste-Gesetz der EU die bewusst unscharf formulierte Kategorie der „schädlichen“ Meinungen und Informationen, gegen die von den digitalen Medienplattformen ebenso vorzugehen ist, wie gegen ungesetzliche Aussagen.

Außerdem soll die EU-Kommission „schnelle Reaktionsmechanismen“ entwickeln, um eine „rasche Mobilisierung“ gegen Wellen von Desinformation „während Zeiten erhöhter Anfälligkeit“ sicherzustellen, wie etwa bei der Umsetzung von Maßnahmen oder während internationaler Klimagipfel. Mit anderen Worten: Die Kommission soll Koordinationsinstrumente schaffen, mit denen sie ihre Armee von informellen Mitarbeitern in „Nichtregierungsorganisationen“ schnell aktivieren kann, damit sie den Informationsraum mit EU-gefälligen Botschaften fluten und so aufkommende Kritik an freiheitsfeindlichen Maßnahmen oder an den alljährlichen obszönen Heuchel-Gipfeln mit massenhaft ins Netz geladener Lohhudelei überlagern.

Wenn zum Beispiel im Herbst wieder einmal Hunderte Milliarden und Regierungsvertreter zum Kli-

magipfel mit von der CO₂-Abgabe befreiten (!) Privatjets einfliegen und die letzten Kilometer auf einer extra für den Gipfel durch den Amazonas-Regenwald geschlagenen Autobahn (!) zurücklegen, während dem Volk CO₂-Sparsamkeit gepredigt wird, dann ist das eine „Zeit erhöhter Anfälligkeit“, die „entschiedenes Handeln“ der Kommission erfordert. (Das war jetzt Desinformation schlimmster Sorte: ein populistisches, anti-elitäres Narrativ, das die Klimapolitik als autoritär und die Klima-Elite als heuchlerisch und abgehoben darstellt, spalterisch und das Vertrauen in die Maßnahmen und die Institutionen untergrabend. Pfui!)

Die digitalen Medienplattformen sollen, entweder von selbst, oder genötigt von der Kommission, Klima-„Desinformation“ mit dem gleichen Nachdruck und „proaktiv“ bekämpfen, wie in der Coronazeit mit Kritikern verfahren wurde. Sie sollen Berichte erstellen müssen, um Fleißkärtchen einzusammeln für das möglichst häufige Löschen von klimabezogenen Äußerungen, für Engagement bei der weiten Verbreitung der richtigen Narrative und für Werbeblockaden gegen „irreführende“ Klima-Aussagen. Auch „grenzwertige Inhalte“ sollen sie „demonetarisieren“, wenn diese die Klimamaßnahmen behindern oder stören. Außerdem sollen sie ihre automatisierten Empfehlungs- und Suchsysteme so manipulieren, dass „irreführende“ Klima-Inhalte nicht mehr gesehen und gefunden werden können. Die Kontrolle des Internets soll damit so schnell wie möglich das Niveau autoritärer Regime wie in China oder Russland erreichen.

KUNSTVOLL VERSCHACHELTE FINANZIERUNG

Beauftragt und finanziert wurde der totalitäre HEAT-Bericht vom European Media and Infor-

mation Fund (EMIF). Das ist ein Fonds zur finanziellen Unterstützung von Wahrheitskontrolleuren und Desinformationsforschern in Europa, den Google 2021 mit 25 Mio. Euro ausgestattet hat, möglicherweise, um die EU-Kommission milde zu stimmen, die 2020 und 2021 mit vier verschiedenen kartellrechtlichen Verfahren gegen den Konzern vorging. Google lässt sich den EMIF-Fonds als Fleißkärtchen bei der Erfüllung des Verhaltenskodex für große Plattformen anrechnen, der im Digitale-Dienste-Gesetz der EU geregelt ist, unter dem vielsagenenden Motto „Stärkung der Gemeinschaft der Faktenchecker“.

Der Fonds wird gemeinsam verwaltet von der Calouste Gulbenkian Foundation und dem European University Institute Florenz. Mit diesen steht die EU-Kommission in enger Beziehung, denn sie haben unter anderem für die Kommission und mit deren Geld das European Digital Media Observatory (EDMO) aufgebaut, die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien. Und wer entscheidet über die Auswahl der Förderanträge des EMIF? Eben jenes Netzwerk der Faktenchecker und Narrativkontrolleure namens EDMO. Dessen CEO und Programmdirektor, Paolo Cesarini, gleichzeitig Programmdirektor des European University Institute, ist langjähriger Kommissionsmanager aus den Bereichen „Kampf gegen Desinformation“ und dem für EMIF-Geldgeber Google besonders wichtigen Wettbewerbsressort. EDMO ist auch die Stelle, und Cesarini die wichtigste Person, die darüber befinden, ob Google seine Verpflichtungen aus dem Verhaltenskodex ausreichend erfüllt.

Dieses raffinierte Arrangement mit von Google abgerungenem Geld, auf dessen Verteilung die EU-Kommission informellen, aber sehr maßgeblichen Einfluss hat,

ermöglicht es der Kommission, Projekte wie „HEAT“ zu fördern, ohne eigene Budgetmittel einzusetzen und ohne im eigenen Namen aufzutreten.

EU DisinfoLab ist zudem Teil des EDMO-Netzwerks als Mitgründer des ebenfalls von der EU-Kommission finanzierten EDMO Belux, des EDMO-Stützpunkts für Belgien und Luxemburg. EU DisinfoLab selbst informiert auf seiner Webseite nicht über seine Geldgeber. Aus dem Profil bei LobbyFacts.eu geht jedoch hervor, dass 2023 der weitaus größte Teil des beachtlichen Budgets von 725.000 Euro von der EU oder von EU-finanzierten Organisationen kam. Daneben steuerte die berüchtigte Open Society Foundation des linken Aktivisten und US-Oligarchen George Soros 134.000 Euro bei.

BESTELLTES, BETREUTES UND BEZAHLTES LOBBYING

Das Profil listet 18 Treffen von EU DisinfoLab mit Vertretern der EU-Kommission in den letzten fünf Jahren auf, darunter einige besonders interessante in den letzten Monaten. Laut HEAT-Bericht startete das Projekt im Oktober 2024. Einen Monat vorher, im September 2024, gab es ein nicht näher spezifiziertes „Vorbereitungstreffen“ mit zwei Mitarbeitern der für die Inthemoderation durch digitale Plattformen zuständigen Kommissarin für Werte und Transparenz, Vera Jourová.

Im März 2025 gab es ein weiteres Privatissimum für EU DisinfoLab mit einer Abteilungsleiterin, der Generaldirektion für Kommunikationsnetzwerke, Inhalte und Technologie, in dem dessen jüngste Aktivitäten bei der Umsetzung des Digitale-Dienste-Gesetzes besprochen wurden. Hier bekam die „NGO“ mutmaßlich Gelegenheit, vor Fertigstellung von HEAT-Bericht und Empfehlungen Details und Interna über die Umsetzung des angeblich noch lückenhaften

Gesetzes zu erfahren. Und die Kommission hatte Gelegenheit, die Empfehlungen der Organisation durch entsprechende Hinweise in eine gefällige Richtung zu lenken. Ob diese Gelegenheit genutzt wurde, und mit wie viel Erfolg, lässt sich nicht feststellen.

Am 29. April schließlich war EU DisinfoLab zusammen mit anderen überwiegend EU-finanzierten „NGOs“ zu einem frech „Konsultation mit Vertretern der Zivilgesellschaft“ genannten Treffen bei der Kommission geladen. Auf der Tagesordnung stand die Vorbereitung des von der EU geplanten „Europäischen Demokratie-Schutzschildes“, auf das der HEAT-Bericht vielfach Bezug nimmt. Mit dabei als angebliche Stimme der Zivilgesellschaft das Gewächs der EU-Kommission „EDMO“, das von der Kommission finanzierte European Fact-Checking Standards Network (EFCSN) und die ebenfalls mitfinanzierte Alliance4Europe, die Faktenchecker in der Nutzung des vom US-Militär entwickelten DISARM-Rahmenwerks ausbildet. Dazu weiter unten mehr.

Mit dabei auch, CEE Digital Democracy Watch, eine erst 2024 gegründete, vorwiegend steuerfinanzierte polnische Organisation mit fünf Mitarbeitern, Mitglied von Alliance4Europe, die vom Start weg aufs engste als Beraterin in die medienpolitischen Vorhaben der EU-Kommission und der polnischen Regierung eingebunden wurde. Auch eine Stimme der „Zivilgesellschaft“ bei dem Treffen war Make.org, eine offenbar ausschließlich von der EU-Kommission finanzierte Organisation, die die „demokratische Widerstandsfähigkeit“ durch technologische Innovation stärkt.

Nicht fehlen durfte auch die von EU und Bundesregierung mit Geld geradezu überschüttete Berliner Organisation Democracy Repor-

ting International. Laut Profil bei Lobbyfact.de erhielt sie 2023 gut 3,5Mio. Euro von der EU und knapp 3,2Mio. Euro vom Deutschen Außenministerium. Ganz klar eine Stimme der „Zivilgesellschaft“, ebenso wie die EU-finanzierte Kofi-Annan-Stiftung und das überwiegend von der US-Regierung und Open Society Foundation finanzierte Expert Forum und die von der US-Vertretung in Europa finanzierte Organisation Defend Democracy.

Wie Sie sehen, liebe Leser, hat die EU zusammen mit ihren US-Verbündeten, mittlerweile ein ganzes Heer an NGOs in Stellung gebracht, die aus unterschiedlichen Richtungen die Idee des demokratischen Diskurses in die Zange nehmen. Man arbeitet mit Hochdruck daran, den freien Meinungsaustausch in den sozialen Medien in den Griff zu kriegen, Kritik zu unterbinden und dafür zu sorgen, dass das Netz zu einer gut kontrollierten Echokammer der EU-Ideologie wird.

ZWISCHENFAZIT

Der totalitäre HEAT-Bericht wurde aus dem engen Umfeld der EU-Kommission beauftragt und finanziert. Er wurde erstellt von einer Organisation, die finanziell von der EU-Kommission abhängig, sowie fest in deren Anti-Desinformations-Netzwerk eingebunden ist. Direkt vor Beginn des Projekts gab es ein „Vorbereitungstreffen“ dieser Organisation mit der zuständigen Direktion der EU-Kommission und vor Fertigstellung weitere Treffen zu einschlägigen Themen.

Die Teilnehmerliste einer Konsultation der EU-Kommission mit Vertretern der „Zivilgesellschaft“, an der EU DisinfoLab teilnahm, zeigt, dass die Kommission dabei nur Organisationen konsultierte, die direkt oder indirekt maßgeblich von ihr selbst oder von den

USA finanziert werden, aber keine einzige unabhängige Organisation, die sich zum Beispiel dem Schutz der Bürgerrechte und Meinungsfreiheit, dem Datenschutz oder ähnlichen für die Pläne der EU-Kommission hinderlichen Anliegen widmet.

DIE ROLLE DES MILITÄRS

Nach dem Willen von EU DisinfoLab soll Klima-Desinformation (in der totalitären Definition der NGO) in das Rahmenwerk der hybriden Bedrohungen einbezogen werden und als eine „strategische hybride Bedrohung“ innerhalb der EU-Instrumente, wie dem „Strategischen Kompass“, behandelt werden. So soll die „demokratische Widerstandsfähigkeit“ (democratic resilience) sichergestellt werden, denn die „Informationsverzerrung“ in Klimaangelegenheiten wirke sich direkt auf die „demokratische Widerstandsfähigkeit“ und die „Stabilität“ der EU-Politik aus. Beim Begriff der „hybriden Bedrohung“ sind wir direkt im militärischen Bereich, für den die NATO zuständig ist. Auch diese zählt „Desinformation“ zu den hybriden Bedrohungen. Dazu passt, was man im HEAT-Bericht über die verwendete Methodik liest. Der Bericht greift auf Modelle der Bedrohungsanalyse zurück wie „DISARM“ für strukturierte Bedrohungszuordnung, „MITRE ATT&CK“ für Informationsoperationen und „Phased Tactical Analysis of Online Operations“ für die Kampagnenanalyse. Diese Modelle klingen nicht nur martialisch, sie sind es.

DISARM wurde für das US-Militär von einer Arbeitsgruppe namens CogSecCollab entwickelt. Das dürfte eine Kurzform für „Arbeitsgruppe für kognitive Sicherheit“ sein. Deren Vorsitzende ist die IT-Spezialistin Sara-Jayne Terp, die für das britische und amerikanische Militär gearbeitet hat und derzeit Spezialistin für Cybersicherheit bei „dstl“, der Organisa-

tion für Wissenschaft und Technik des britischen Verteidigungsministeriums ist. Sie ist auch Mitglied des Beirats des deutsch-österreichischen EDMO-Stützpunkts GADMO. Die Koordinationsstelle EDMO arbeitet wie die gesamte EU-finanzierte Faktencheckerszene mit DISARM.

Kern von DISARM ist ein Katalog von möglichen Manipulationsmaßnahmen und möglichen Gegenmaßnahmen. Die Katalogisierung dient dazu, den „Verteidigern“ eine gemeinsame Sprache und Struktur zu bieten, damit sie Daten und Analysen international effizient austauschen und koordinierte Gegenmaßnahmen über die gesamte Gesellschaft hinweg ergreifen können. Das Modell ist laut einer Kursbeschreibung von Alliance4Europe Teil des „formellen Datenaustauschs“ von EU und USA über „ausländische Informationsmanipulation“.

Das Informationssicherheitsmodell ATT&CK, das die HEAT-Autoren ebenfalls verwendeten, wurde vom Homeland Security Systems Engineering and Development Institute (HSEDI) für das Heimatschutzministerium der USA entwickelt.

Die Methodik Phase-based Tactical Analysis of Online Operations wurde entwickelt vom Carnegie Endowment for International Peace (CEIP), einem einflussreichen Washingtoner Institut für Sicherheitspolitik, das personell auf das Engste mit der sicherheitspolitischen Elite des Landes verbunden ist. Der derzeitige Präsident, ein ehemaliger Richter des Obersten Gerichtshofs, kam ins Amt, als William Burns, ein ehemaliger Vize-Außenminister, zurücktrat, weil er zum CIA-Direktor nominiert wurde.

Wir haben es also beim HEAT-Bericht mit einer Initiative auf dem militärischen Gebiet der hybriden

Bedrohungen zu tun, die mit Modellen arbeitet, die vom US-Militär und Geheimdiensten und mit diesen verbundenen Instituten entwickelt wurden.

Will man darüber hinaus wissen, was mit der im Bericht herausgestellten „Democratic Resilience“ gemeint ist, wird man vor allem bei der NATO fündig. Diese hat in ihrem Hauptquartier in Brüssel sogar ein Centre for Democratic Resilience eingerichtet. Der Begriff „Resilience“, zu übersetzen mit Resilienz, Widerstandsfähigkeit oder Wehrhaftigkeit, wurde, soweit wir erkennen können, ebenfalls von der NATO in die offizielle Sprachregelung eingeführt. Auf Netzseiten des Militärbündnisses von 2024 und 2023 wird Resilienz, definiert als zivile Widerstandsfähigkeit gegen Katastrophen und Angriffe, zum „entscheidenden Faktor für die kollektive Verteidigung des Bündnisses“ erklärt, bei deren Verbesserung die NATO die Mitgliedstaaten unterstützt. Sie begründet diese zunehmende Notwendigkeit ihrer Einmischung in zivile Belange mit der „geostrategischen und militärischen Machtverschiebung“ der letzten Zeit.

Eine neue „geopolitische Realität“ ist auch die Begründung der „Strategischen Agenda 2024-2029“ der EU, in der sie eine sehr breit und mit voller Absicht unscharf definierte „Desinformation“ summarisch als Destabilisierungsversuche wertet, und damit de facto Regierungskritiker zu Staatsfeinden erklärt. Das „Säen von Spaltung“ wird in einem Atemzug mit Terrorismus und gewalttätigem Extremismus genannt. Der EU-Rat verspricht darin, „die Widerstandsfähigkeit (der EU) im Rahmen eines alle Gefahren und die gesamte Gesellschaft umfassenden Ansatzes zu stärken“ und dabei besonderes Augenmerk auf die gesellschaft-

liche und demokratische Resilienz zu legen. Die Argumentation und Wortwahl finden sich nicht nur im HEAT-Bericht wieder, sondern ähneln auch stark denen, die man in NATO-Erklärungen zum Thema Resilienz findet.

Die Ähnlichkeit kommt nicht von ungefähr, hat die NATO doch angekündigt, bei der Verstärkung ihrer Bemühungen um den Aufbau von gesellschaftlicher Widerstandsfähigkeit „mit Partnern zusammenzuarbeiten, die ähnliche Anstrengungen unternehmen, insbesondere mit der Europäischen Union“. Die NATO zieht bei der Bekämpfung sogenannter „Desinformation“ im Hintergrund mit an den Fäden.

FAZIT

Die EU-Kommission verfolgt mit dem European Democracy Shield, dem Digitale-Dienste-Gesetz und ihren sonstigen Maßnahmen gegen angebliche „Desinformation“ eine zutiefst freiheitsfeindliche Agenda in Kooperation mit – oder im Dienste – der NATO. Dabei setzt sie von ihr offen oder verdeckt finanzierte und zum Teil selbst gegründete angebliche „zivilgesellschaftliche“ Organisationen als Lobbyisten ein. Diese propagieren mit ihren Aktionen und Berichten ein totalitäres Verständnis von Desinformation. In diesem werden Regierungskritik und unbequeme Thesen zu gesellschaftlich kontroversen Themen als schädlich, als gesellschaftliche Spaltungsversuche und damit als hybride Bedrohungen diskreditiert, die mit repressiven Mitteln zu bekämpfen sind, einschließlich indirekten Formen der Zensur – und zwar um so mehr und umso nachdrücklicher, je mehr weite Teile der Bevölkerung diesen „schädlichen“ Thesen zustimmen. Im Kern geht es somit um das informationspolitische Ausschalten des kritischen gesellschaftlichen Diskurses und damit um das Wesensmerkmal

der Demokratie schlechthin.

Damit wiederholt sich die Geschichte erneut. Vor rund sechs Jahrzehnten, als Bürgerrechtler gegen die Rassentrennung, gegen das Verbot von Homosexualität und gegen den Krieg in Vietnam auf die Straße gingen, betrachteten Militär und FBI dies als „von

Russland gesteuerte Subversion“ gegen die etablierte Ordnung und den Staat und gingen entsprechend radikal und freiheitsfeindlich dagegen vor. Langfristig gottlob gänzlich ohne Erfolg. Die etablierte Ordnung änderte sich zwar, aber der Staat als solcher war zu keiner Zeit wirklich bedroht. Doch das Vertrauen in den

Staat erlitt durch die fehlgeleiteten Abwehrmaßnahmen lang anhaltenden, schweren Schaden. Heute haben sich die Vorzeichen der etablierten Ordnung geändert, aber alles was diese kritisiert, wird wie damals als Destabilisierungsversuch eingestuft und mit radikal-freiheitsfeindlichen Mitteln bekämpft. Dass die totalitär

anmutenden Maßnahmen wieder keinen Erfolg haben mögen, bleibt zu hoffen – aber dass sie das Vertrauen in die Politiker, die diesen Kurs vorantreiben, nachhaltig beschädigen werden, ist bereits jetzt absehbar.